

DIE ZEIT

Armutszeugnis für Hamburg

Die Hansestadt boomt, ihre City wächst schnell – doch es wächst auch die Zahl der Kinder, die diesen Reichtum nur von fern kennen.

Von Roland Kirbach

Amir* gibt sich cool. Logisch, klar kennt er den Hafen. Schon zehnmal sei er da gewesen, behauptet der 13-jährige Hamburger Junge türkischer Abstammung und wirft sich in die Brust. Seine 12-jährige Schwester grinst und zwinkert: Glaub ihm kein Wort!

Es ist 10 Uhr morgens, mit anderen Kindern schmieren sich Amir und seine Schwester in der Jenfelder Kaffeekanne, einer Kinder- und Jugendhilfeeinrichtung, Brötchen für einen Ausflug, der gleich beginnen soll. Mario, der junge Erzieher, der seine Haare und sein Ziegenbärtchen mit Gummibändern zusammengebunden hat, packt Limonade in Tetrapaks für alle in einen Rucksack. Die Kinder zerren und reißen an ihm. »Hört auf, mich zu betatschen!«, sagt er unwirsch.

Einen Euro kostet die Teilnahme am Ausflug – ein eher symbolischer Beitrag. Kostete es mehr, würden die Eltern ihre Kinder womöglich nicht mitschicken, meint eine Erzieherin. Hier in Jenfeld, im Osten der Hansestadt, wohnen viele Hartz-IV-Empfänger, Alleinerziehende, Ausländer, Zuwanderer. Bis zu ihnen ist der so viel bestaunte wirtschaftliche Aufbruch Hamburgs nicht vorgedrungen.

In der »Wachsenden Stadt«, so der Leitbegriff des Senats, wächst auch die Armut und schließt ganze Gruppen vom neuen Wohlstand aus. So vermehrt sich das Heer jener jungen Menschen, die sich trotz guter Ausbildung mit Minijobs, Praktika und befristeten Arbeitsverträgen nur mühsam über Wasser halten können und die sich selbst »internationales Prekariat« nennen: prekär, so seien ihre Lebensbedingungen.

Einige von ihnen haben in jüngster Zeit mit unkonventionellen Aktionen Aufsehen erregt. Vermummte Gestalten plünderten das Büffet eines Edelrestaurants in Blankenese unter den Augen der pikierten Gäste und trugen teure Delikatessen aus einem Feinkostgeschäft am Hafen. Nicht um Klamauk ging es den jungen Leuten, sondern um »Rebellion«, erklärten jüngst zwei Gruppenmitglieder anonym in einem *stern* - Interview:

»Wir wollen zeigen, es ist möglich, sich zu wehren... Wir gehen durch diese Stadt, wir sehen ungeheuer viele Orte, wo sich der Reichtum symbolisiert, wo ein bisschen Kaviar 500 Euro kostet... Könnte es sein, dass der manchmal fast obszöne Reichtum in dieser Stadt sich aus Arbeitsverhältnissen speist, die ungerecht sind? Dass der Wohlstand erarbeitet wird, weil Menschen hier zum Teil unter miesesten Bedingungen schufteten?«

Denn es gibt nicht nur die, die der Arbeitsmarkt nicht braucht. Auch mancher, der einen regulären sozialversicherungspflichtigen Job hat, tut sich immer schwerer in Hamburg, damit eine Familie zu ernähren. Familie Beinmüller* aus Jenfeld zum Beispiel zählt zu diesen so genannten *working poor*. Vater Beinmüller arbeitet seit 28 Jahren als Elektriker am Flughafen, seine Frau ist Hausfrau und Mutter. Der älteste Sohn, 21, hat soeben eine Ausbildung zum Einzelhandelskaufmann begonnen, der 19-jährige Sohn hat das Fachabitur und bemüht sich seit einem Jahr vergeblich um eine Lehrstelle, »er ist schon ganz deprimiert«, sagt die Mutter. Der 15-jährige Sohn besucht noch die Realschule.

In Hamburg gibt es Armut nicht trotz, sondern wegen des Reichtums

2650 Euro stehen der Familie jeden Monat zur Verfügung, inklusive Kindergeld. Eine

Gehaltserhöhung habe ihr Mann seit Jahren nicht mehr erhalten, sagt die Mutter erbost, da bekomme doch manche Hartz-IV-Familie mehr Geld! Seit drei Jahren habe sich die Familie keinen Urlaub mehr geleistet, erzählt die Mutter. Sie könnten auch nicht mehr jeden Monat etwas zur Seite legen. Früher hat sie einmal pro Woche einen Großeinkauf im Supermarkt getätigt. »Jetzt gehe ich täglich raus, immer dahin, wo es gerade Sonderangebote gibt.« Als sie kürzlich bei einem Empfang im Rathaus – sie wurde wegen ihrer Verdienste im Elternrat geehrt – neben Bürgermeister Ole von Beust (CDU) zu stehen kam, »habe ich ihm auf die Schulter getippt«. Sie wollte mit ihm mal ein ernstes Wort über die schlechte Ausbildungssituation in Hamburg reden. »Aber da hat der sich gleich abgewendet, und seine Bodyguards haben ihn abgeschirmt.«

Am schnellsten breitet sich die Armut unter den Schwächsten aus, den Kindern. Die emeritierte Hamburger Pädagogikprofessorin Ursel Becher, die 2005 eine Untersuchung über Kinderarmut in Hamburg vorlegte, spricht von einer »Infantilisierung der Armut«. 20,4 Prozent der Hamburger Kinder unter 15 Jahre leben von Sozialhilfe – nahezu doppelt so viele wie im westdeutschen Durchschnitt (11,3 Prozent) und fast so viele wie in Ostdeutschland (24,4 Prozent), wie eine neue bundesweite Untersuchung des Paritätischen Wohlfahrtsverbands über »Kinder und Hartz IV« ermittelte. 2,5 Millionen Kinder und Jugendliche in ganz Deutschland leben heute auf Sozialhilfeniveau, ergab eine weitere, in der vergangenen Woche vorgestellte Studie des Kinderschutzbundes.

20,4 Prozent in Hamburg – das sind 49.800 Kinder. Beunruhigend ist nicht nur die Höhe der Zahl, sondern auch, dass sie so schnell wächst; im August 2005 gab es noch 3000 arme Kinder weniger. Einen höheren Anteil hat die Kinderarmut im Westen der Republik nur in Bremen, wenn man von Berlin, der Ost-West-Stadt, absieht. Bremen und Berlin, das sind arme Städte, da mag der hohe Wert wenig überraschen. Aber das reiche Hamburg? Die Stadt mit einem Bruttoinlandsprodukt pro Kopf, das doppelt so hoch ist wie das von Berlin? Die Stadt, die den höchsten Beschäftigungszuwachs aller Bundesländer verzeichnet?

Es gibt in Hamburg nicht Armut trotz Reichtum – sondern wegen Reichtum. Das hat in den neunziger Jahren zum ersten Mal der Stadtsoziologe Jens Dangschat formuliert. Seit den siebziger Jahren untersuchte er die zunehmende Spaltung der Gesellschaft in Hamburg, er veröffentlichte viele Studien, auch dem Sozialausschuss der Bürgerschaft trug er seine Erkenntnisse vor. Doch die Politik mochte nicht auf ihn hören. Vor einigen Jahren verließ er frustriert die Hansestadt und nahm einen Ruf als Professor nach Wien an. »Hamburg verliert einen seiner hellsten Köpfe«, trauerte ihm damals die *Hamburger Morgenpost* nach.

Dangschat hält Hamburg für die »wohl am stärksten polarisierte Großstadt in Deutschland«. Die Stadt sei, verglichen mit anderen deutschen Metropolen, »in vieler Hinsicht die modernste, weil hier zentrale Prozesse der Stadtentwicklung zuerst und am intensivsten einsetzen« – Prozesse, die er freilich kritisiert. Angefangen beim betriebswirtschaftlichen Denken der Kommunalpolitiker, die ihre Stadt nur noch als Wirtschaftsstandort sehen. Dieses neue Selbstverständnis stelle »die hergebrachten Formen der Orientierung am Gemeinwesen infrage«, meint er. Vor allem die »Instrumentalisierung der Stadtentwicklungspolitik« verurteilt Dangschat: »Hier werden durch Handeln und Unterlassen die Räume der Sieger und der Verlierer der ökonomischen Umstrukturierung geformt.«

Dirk Hauer, Volkswirt und Leiter der Abteilung Migration und Existenzsicherung beim Diakonischen Werk in Hamburg, teilt Dangschats Sicht – der Wirtschaftsstandort Hamburg sei in den vergangenen zwei Jahrzehnten »einseitig« gestärkt worden. Seit der damalige Bürgermeister Klaus von Dohnanyi 1983 in seiner Rede vor dem Überseeklub vom »Unternehmen Hamburg« sprach, habe sich die Wirtschaftspolitik der Stadt an den Erfordernissen des Weltmarkts orientiert und dafür viel Geld investiert: etwa für die Hafenerweiterung in Altenwerder, für Airbus und für die Hafencity. In der Stadtentwicklungspolitik hätten die Bedürfnisse der so genannten High Potentials einer Global City Priorität gehabt.

Die Hafencity ist, nach Dangschat, solch ein »Raum der Sieger«. Sie ist eines der größten Stadtplanungsprojekte Europas und wird das bisherige Stadtzentrum um 50 Prozent vergrößern.

Auf einer Brachfläche im citynahen Areal des Freihafens wächst, als Mix aus schickem Wohnen, Eventkultur, Dienstleistungen, Lifestyle-Einzelhandel, New Media-Privatuniversität und Elbphilharmonie, die Modell-Innenstadt des 21. Jahrhunderts heran. 12.000 Menschen sollen hier einmal wohnen und 40.000 arbeiten. Die Wohnhäuser am Sandtorkai, der an die denkmalgeschützte Speicherstadt grenzt, sind schon fertig: siebengeschossige Würfel, weit übers Hafengebäckens ragend – zu Mieten bis 2500 Euro kalt für ein 150-Quadratmeter-Loft. Bis 2008 soll das nächste Quartier am Dalmannkai mit 650 Wohnungen zu beziehen sein. Eine Attraktion der Hafencity wird ein Überseequartier werden, eine »24-Stunden-Stadt« mit Restaurants und Shops, einem Science-Center, einem Großaquarium und einem Cruise Center, wo Kreuzfahrtschiffe anlegen werden.

»Die neue Elite schuf nur prekäre Arbeitsverhältnisse«

Keine Frage, dass Hamburg mit dem heutigen Boom die Früchte seiner Standortpolitik erntet. »Aber das waren eben nicht nur finanz- und wirtschaftspolitische, sondern auch sozialpolitische Richtungsentscheidungen«, sagt Hauer. »Denn es sind genau die Mittel, die einer Politik des sozialen Ausgleichs oder der Armutsbekämpfung fehlen.«

Dass Hamburg seine Mittel einseitig eingesetzt habe, meint auch Professor Jürgen Ossenbrügge, Wirtschaftsgeograf an der Hamburger Universität. »Die Stärken stärken!« Nach diesem Motto habe man gehofft, dass, wenn nur die High Potentials gefördert würden, am Ende auch Arbeit für die Armen abfalle. Vernachlässigte Bereiche seien nicht gefördert, »vielleicht sogar bewusst ignoriert« worden, ist Ossenbrüggens Eindruck, der auch mehrere Gutachten zur »Wachsenden Stadt« für die Senatskanzlei erstellte. Doch die Rechnung sei nicht aufgegangen. »Die neue Elite schuf nur prekäre Arbeitsverhältnisse«: für Putzfrauen, Pizza- und Fahrradboten, Wachdienste. Das viel propagierte *filtering down* – das Durchsickern der dynamischen Wirkungen der »Wachsenden Stadt« – finde nicht statt. Die Folge sei, dass viele Menschen vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen seien und der Wohnungsmarkt sich aufspalte. Ossenbrügge sieht darin ein »gewisses Politikversagen«.

Zu einem ähnlichen Schluss kommt sogar der Zukunftsrat Hamburg. Das ist ein breites Netzwerk aus 90 Vereinen, Initiativen, Kammern, Instituten und Unternehmen, das Hamburgs Politik permanent auf Nachhaltigkeit untersucht. Der Bund für Umwelt und Naturschutz sitzt da einträchtig neben der konservativen Handwerkskammer. Zur Sozialpolitik heißt es im jüngsten Jahresbericht: »Der Kampf gegen die Armut in Hamburg war in den letzten 12 Jahren erfolglos«, also auch schon unter dem SPD-geführten Senat. Es gebe eine »fortschreitende soziale Aufspaltung Hamburgs in arme und reiche Stadtteile«.

Stadtteile wie Jenfeld. Es liegt weit draußen. Anders als etwa Berlin hat Hamburg die Armut an den Rand verlagert. Jenfeld ist, nach Dangschat, ein »Raum der Verlierer«. Wen es hierher verschlägt, der mag sich im ersten Moment wie in der DDR vorkommen. Endlos lange, bis zu neun Stock hohe Plattenbauriegel säumen die Oppelner Straße im Zentrum des Viertels. Wand an Wand reihen sich graue Wohnblocks, die Treppenhäuser stehen in eigenen Schächten neben den Häusern, Grün, Braun, Gelb, die Farben verwittern. Auf fast jedem zweiten Balkon steht eine Satellitenschüssel. Vor einem Hochhaus stapelt sich Sperrmüll – Regale, Kommoden, eine abgewetzte lindgrüne Sitzgarnitur. Mittendrin, in einem rot geklinkerten Flachdachpavillon mit großen Fenstern, hat die Jenfelder Kaffeekanne ihren Sitz. Hier werden Kinder aus dem Viertel bei den Hausaufgaben betreut, hier können sie basteln oder Fußball spielen, hier bekommen sie mittags für 50 Cent eine warme Mahlzeit.

Von ihrer Heimatstadt Hamburg kennen diese Kinder kaum mehr als die paar Straßen ringsum. »Ihre Welt«, sagt Hans Berling, der Leiter der Kaffeekanne, »endet im Einkaufszentrum Jenfeld« – zwei Busstationen entfernt. Ihre Freizeit besteht vor allem aus Fernsehen und DVD-Filmen. In den Sommerferien bemüht sich Berling um zusätzliche Angebote. Dann organisiert er Ausflüge ins Planetarium, Fahrten zu Hagenbecks Tierpark, Besuche in der Kunsthalle, begleitet von Museumspädagogen. »Das sind Weltreisen für die. Viele haben noch nie den Michel gesehen, die Alster oder den Jungfernstieg.«

Es sind elf Kinder zwischen 8 und 13 Jahren, die sich an diesem Tag in Richtung Hafen

aufmachen. Eine Fahrt von rund 40 Minuten, doch »manche Kinder sind bei der Ankunft schon fix und fertig«, sagt Barbara Höfer, die Begleiterin. Man sieht, dass sie es nicht gewohnt sind, sich zu bewegen. Einige Mädchen schleppen sich regelrecht durch die langen Gänge der U-Bahn-Stationen, treppauf, treppab – es fällt ihnen schwer und schlägt auf die Laune. Stephanie* bleibt bockig stehen, sie will zurück zu ihrer Mama, der achtjährige Jonas* fällt durch Pöbeleien und lautes Schreien auf, er beschimpft die anderen Kinder. Er komme aus schwierigen Verhältnissen, sagt Barbara Höfer, seine Mutter sei drogenabhängig, er wachse bei der Großmutter auf. »Schulkinderprojekt« heißt diese Initiative – ein unverdächtiger Tarnname, der Eltern die Scham nehmen soll, sich an das Team zu wenden. Denn eigentlich geht es darum, Eltern das Erziehen zu lehren. Derzeit betreuen Barbara Höfer und ihr Kollege acht Familien. »Oft müssen wir den Eltern die Grundbedürfnisse der Kinder nahe bringen, zum Beispiel, dass sie regelmäßige Mahlzeiten brauchen. Und dass ein Zuhause ein Zuhause ist und nicht nur ein Ort, wo man zufällig zusammenkommt.« Mit den Kindern gehen die Pädagogen schwimmen, betreuen sie bei den Hausaufgaben, einmal wöchentlich kommt eine Theaterpädagogin und improvisiert mit ihnen.

Eine Stunde dauert die Hafentrundfahrt mit einer alten Barkasse. Der Kapitän mit dem grauen Seemannsbart macht Witze nach Art von Käpt'n Blaubär: »Wir haben hier Schiffe im Hafen, die sind so lang, die haben vorn Sommer und hinten Winter.« Die Kinder schauen unsicher, wissen nicht so recht: Meint der das ernst?

Anschließend gibt es an den Landungsbrücken für jedes Kind eine Kugel Eis zu 80 Cent. Als sie sich damit im Eiscafé an die Tische setzen wollen, werden sie von einer Bedienung verschuecht: »Eis in der Waffel ist nur für den Straßenverkauf!« Mario, der Erzieher, erklärt den Kindern: »Nur mit teurem Eis darf man sich hier hinsetzen, nicht mit billigem.«

In einer reichen Stadt arm zu sein mache einem Kind besonders schmerzlich bewusst, was es alles nicht haben kann, woran es nicht teilnehmen darf. »Für Familien, die arm sind, wird in Hamburg deutlich sichtbar, was es bedeutet, wenn man *nicht* arm ist«, schreibt Pädagogin Becher in ihrer Untersuchung über Kinderarmut, die nur im Internet verbreitet wird, da sich kein Auftraggeber und kein Verlag dafür fand (etwa auf der Homepage des Verbands Kinder- und Jugendarbeit Hamburg e. V.: www.vkjhh.de).

Was heißt eigentlich arm? Als arm gilt, wer über weniger als 60 Prozent des durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommens eines Landes verfügt; so lautet die Definition der EU. Das sind in Deutschland für einen Haushaltsvorstand 938 Euro im Monat. In Hamburg bedeuten diese 938 Euro jedoch deutlich weniger als 60 Prozent des Durchschnitts, denn hier ist das Einkommensniveau erheblich höher als in Restdeutschland. So verdiente laut Statistischem Jahrbuch der männliche Hamburger Angestellte 2003 (jüngere Zahlen liegen nicht vor) 4043 Euro brutto im Monat, der Durchschnittsdeutsche nur 3693 Euro.

Armut hat aber nicht nur eine materielle Seite, Armut zieht einen ganzen Schweif weiterer Einschränkungen und Defizite nach sich. Wer arm ist, wohnt in der Regel schlecht, ist wenig gebildet, hat einen schlecht bezahlten, unattraktiven Job und ist häufiger krank. Wegen fehlender Bildung mangelt es Armen an der Kompetenz, ihre Lage zu verbessern; oft sind sie überfordert, ihren Alltag zu managen oder sich um die Erziehung und Zukunft ihrer Kinder zu kümmern.

»Ohne Realschulabschluss geht in vielen Branchen fast nichts mehr«

Solche Belastungen und der Mangel an Strategien, die Lage zu bewältigen, schlagen sich in Zukunftsangst nieder. Viele Arme werden apathisch, resignieren und ziehen sich in ihre Wohnung zurück. In Jenfeld fällt es auf, dass kaum Erwachsene auf der Straße zu sehen sind, allenfalls Kinder und Halbwüchsige. Besonders trist sei es im Winter, wenn die Bäume als kahle Stummel in den Himmel ragen, sagt Hans Berling von der Jenfelder Kaffeekanne. Um ihre Kinder kümmerten sich diese Eltern wenig. »Die kennen keine gemeinsamen Spiele, kein Vorlesen.«

Etwa ein Drittel der Kinder im Viertel, schätzt er, sei auf das tägliche warme Essen in der Kaffeekanne angewiesen, zumindest am Monatsende, wenn sie daheim keine regelmäßigen

Mahlzeiten bekommen, weil kein Geld mehr da ist. Ihm ist es egal, ob das Geld der Familien wirklich nicht reicht oder ob sie nicht richtig wirtschaften können – wenn ein Kind Hunger hat, gibt Berling ihm zu essen.

Arme Kinder sind voller Komplexe. »Kein Mensch sagt zu ihnen: Hey, du bist 'n toller Typ!«, sagt Ursel Becher. »Aber sie brauchen Selbstwertgefühl, um zu sagen: Ich will hier raus!« Um Unsicherheiten zu überspielen, legen sie »zum Teil Verhaltensweisen an den Tag, für die sie auf Ablehnung stoßen«. So erfahren die Betroffenen fast nur negative Resonanz, sie werden aggressiv oder depressiv. Ihre Leistungen in der Schule lassen nach. Von den Eltern erfahren sie keinen Beistand, die können ihnen nicht bei Problemen in der Schule helfen. Die Eltern seien schon froh, »wenn sie einen Schulplatz kriegen. Sie fragen nicht: Ist das das Beste für mein Kind?« So reproduzieren sich die Benachteiligten selbst.

Die Situation der Kinder dürfte sich noch weiter verschlechtern. Die Zahl jener Arbeitsplätze, für die keine Berufsausbildung nötig ist, wird weiter abnehmen, während die der Schulabgänger ohne Abschluss steigt. Im boomenden Hamburger Hafen werden keine Lagerarbeiter oder Schauerleute mehr gesucht, sondern qualifizierte Logistiker. Und Wohnen wird ungemütlicher werden. Bis 2009, hat Ursel Becher berechnet, wird der Bestand der Sozialwohnungen in Hamburg auf knapp 104.000 schrumpfen: 27 Prozent weniger als noch 2003. Die Sozialwohnungen der sechziger, siebziger Jahre fallen aus der Sozialbindung, neue Wohnungen wurden kaum mehr gebaut. Preiswerter Wohnraum in Hamburg wird also gerade dann knapp, wenn die Zahl der Bedürftigen steigt.

Pädagogin Becher kritisiert, die Hamburger Politik nehme Armut, besonders Kinderarmut, nicht als strukturelles Problem der Stadt wahr. »Kinder so aufwachsen zu lassen hat Konsequenzen für eine Gesellschaft. Wollen wir mehr Knäste bauen? Der Staat müsste kompensieren, was Eltern nicht mehr können, aber das Gegenteil ist der Fall.«

Was in Hamburg geschieht, ist keineswegs eine hanseatische Besonderheit. »Hier kommen die spezifischen Merkmale einer Metropolen-Funktion zum Tragen«, sagt Ulrich Vieluf, Abteilungsleiter beim Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung. »Eine Metropole zieht investitionsfreudige Unternehmen mit anspruchsvollen Arbeitsplätzen an.« Die harte Ausgrenzung benachteiligter Schulabgänger zeige sich in allen Regionen mit einem hohen Anteil an Dienstleistungsfirmen. Wo es boome, so Vieluf, »werden ständig höhere Anforderungen in allen Branchen gestellt«.

Ob in der Medien- und IT-Branche, in der Logistik oder der Luftfahrt – überall »werden die Ausbildungen wissenshaltiger«, so Vieluf. »Ohne Realschulabschluss geht in vielen Branchen fast gar nichts mehr.« Selbst von Köchen werden heute Fremdsprachenkenntnisse und Kreativität erwartet. Mehr als die Hälfte der Auszubildenden hat mindestens den Realschulabschluss. Dachdecker, Verkäufer, Friseure und Kraftfahrer gehören zur abnehmenden Zahl von Ausbildungsberufen in Hamburg, in denen Hauptschüler noch die Mehrheit stellen. Viele Schulabgänger müssten »nachqualifizierende« Maßnahmen durchlaufen, damit sie die Ausbildung bewältigen könnten. So kommt es, dass immer mehr Lehrlinge schon Anfang 20 sind, ehe sie ihre Berufsausbildung beginnen. Über zehn Prozent eines Jahrgangs verlassen die Schule inzwischen ganz ohne Abschluss.

Seit 1996 wird im Auftrag der Hamburger Bildungsbehörde die Lernentwicklung ganzer Schülerjahrgänge untersucht: Auf welche Schularten verteilen sich die Schüler? Welche Erfolge, welche Misserfolge erzielen sie? Wie viele sind sitzen geblieben? Untersucht werden die Leistungen im Kontext der Lebenssituation der Schüler. Es wird auch danach gefragt, welchen Schulabschluss die Eltern haben und welchen Beruf, wie hoch das Einkommen ist, ob die Schüler einen eigenen Schreibtisch haben, mit wie vielen Geschwistern sie aufwachsen, wie viele Bücher es im Haushalt gibt.

Die Ergebnisse sind eindeutig: Schüler aus sozial schwachen Familien haben deutlich schlechtere Chancen auf einen höheren Schulabschluss. Überproportional betroffen sind Türken und – eine Hamburger Besonderheit – Afghanen, die zweitgrößte Gruppe unter den ausländischen Schülern. »Doch es ist nicht der Migrationshintergrund, der für das schlechtere Abschneiden verantwortlich

ist«, betont Vieluf, »es ist die prekäre Lage der Familien und ihre Bildungsferne.« Türkische Zuwanderer vom Lande gehörten auch in ihrer Heimat zu den Unterprivilegierten.

Mangelnde Sprachkenntnisse seien aber nicht auf Migranten beschränkt; auch viele deutsche Schüler hätten Probleme mit ihrer Muttersprache, sagt Vieluf. Dass nicht die Herkunft, sondern Bildung und soziale Lage der Eltern ausschlaggebend für den schulischen Erfolg sind, unterstreicht eine andere Zahl: Knapp 30 Prozent der Hamburger Abiturienten sind Ausländerkinder, jedes vierte von ihnen stammt aus der Türkei, jedes achte aus Iran, jedes zehnte aus Afghanistan. »Das aber sind die Metropolenkinder aus besser situierten Familien«, sagt der Pädagoge.

Armut und Bildungsarmut hängen eng zusammen. Wie wenig arme Kinder an Vorkenntnissen mitbringen, zeige sich vor allem in den Naturwissenschaften. »Der Unterricht in diesen Fächern beginnt spät, da merkt man den Einfluss des Elternhauses besonders stark«, so Vieluf. »Sie wissen nicht, welches Material Strom leitet oder wann eine Glühbirne leuchtet oder wie ein Schmetterling entsteht. Sie wachsen anregungsarm auf, erhalten kaum Antworten auf ihre Fragen und haben niemanden, der sie zum Lesen anstiftet.«

In mancher Jenfelder Schule lebt über die Hälfte der Schüler von Sozialhilfe

Peter Braasch hat diese Schüler jeden Tag vor sich sitzen. Er leitet die Schule Oppelner Straße 45, wie sie lapidar heißt, eine Grund- und Realschule nicht weit von der Jenfelder Kaffeekanne. Braasch, 60 Jahre, hat alle Zuwandererwellen in den letzten 30 Jahren miterlebt, erst die Boat-People aus Vietnam, dann die Polen- und Russland-Aussiedler, darauf die jugoslawischen Bürgerkriegsflüchtlinge, schließlich die afghanischen Kriegsflüchtlinge und derzeit die Ghanaer und andere Afrikaner. Sie alle wurden in diesem Neubaugebiet einquartiert, das ursprünglich für sozial schwache und kinderreiche deutsche Familien errichtet worden war. Sie sollten hier preiswert wohnen können. Der Ansturm der Zuwanderer hat Jenfeld eine andere Entwicklung nehmen lassen als vorgesehen.

»Wir haben hier heute eine sehr gemischte Bevölkerung«, sagt Braasch. Seit dem Fall der kleinen Jessica, die ihre Eltern qualvoll verhungern ließen, sei er allerdings »sehr demütig geworden, was meine Kenntnisse über den Stadtteil betrifft«. Braaschs Schule war es, in die Jessica hätte eingeschult werden müssen. Als die Eltern der Aufforderung, ihre Tochter anzumelden, nicht nachkamen, schickte Braasch einen Schüler aus der achten Klasse, der im selben Hochhaus wohnt, vorbei. Er sollte sich erkundigen, ob die Familie wirklich existiere. Als er zurückkam und dies bestätigte, bat Braasch die Mutter des Schülers, herauszufinden, ob dort auch ein Kind lebe, eine gewisse Jessica. Die Mutter verneinte.

Was hätte er mehr tun können? Inzwischen wurde angeordnet, dass ein Schulleiter Hausbesuche absolvieren muss, wenn Eltern auf die Aufforderung, ihre Kinder zur Schule anzumelden, nicht reagieren.

Der Fall Jessica mag ein Extrembeispiel sein – die Vernachlässigung von Kindern gehört hier im Viertel zum Alltag. Auf Braaschs Anregung bietet die Jenfelder Kaffeekanne seit einiger Zeit auch ein Frühstück an: belegte Brötchen und Kakao, anders als das Mittagessen kostet es nichts. Braasch hatte nämlich festgestellt, dass immer mehr Kinder hungrig zum Unterricht erschienen. »Ich kann doch nicht lernen, wenn es im Bauch oder in der Seele nicht stimmt!« Dabei ist er hin- und hergerissen, ob man für die Mahlzeiten Geld verlangen solle oder nicht. »Darf man die Eltern aus dieser letzten Restverantwortung entlassen?«

Als im vergangenen Jahr 72 Kinder des Einschulungsjahrgangs ärztlich untersucht wurden, seien ganze acht ohne Befund gewesen. Defizite wurden bei Feinmotorik, Grobmotorik und Sprachfähigkeit festgestellt. Das größte Problem sieht Braasch darin, dass sich die Schüler ungesund ernähren und zu wenig bewegen. »Sie kommen nicht raus hier, sie sitzen nur vorm Computer und Fernseher. Sie sind körperlich träge, und ihre Umwelterfahrungen sind sehr gering.« So scheint ihr Lebensweg vorgezeichnet. Spätestens an dieser Stelle wird die Rede des sonst so ruhigen Schulleiters emphatisch. »Ich bin ein Freund der bürgerlichen Freiheiten, ich rufe nicht gleich nach dem Staat. Aber es gibt Bereiche, in denen gibt es zu wenig Staat – alles,

was den sozialen Ausgleich angeht.« Mit Geld, mit Personal, mit Hilfestellungen aller Art müsse man diese Familien unterstützen, »damit sich dort etwas ändert«. Doch das Gegenteil geschieht.

So hat der CDU-geführte Senat Gebühren für die Vorschule eingeführt, 27 Euro im Monat, mit der Folge, wie die SPD-Opposition behauptet, dass die Zahl der Ausländerkinder dort zurückging. Zudem müssen in den Kindergärten nun 13 Euro monatlich fürs Mittagessen bezahlt werden – Braasch: »Auch von Hartz-IV-Empfängern!« Schließlich hat der Senat im vorigen Jahr die Lernmittelfreiheit abgeschafft; Schulbücher müssen jetzt erworben oder zu einem Drittel des Kaufpreises geliehen werden. Sozialhilfeempfänger können davon auf ihren Antrag hin befreit werden. An Braaschs Schule haben 52 Prozent der Eltern von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht. »Ich weiß jetzt, dass mehr als die Hälfte unserer Schüler von Sozialhilfe lebt.«

Michaela Gießer* will den Kreislauf der Armut durchbrechen, ihre drei Töchter sollen es schaffen, aus Jenfeld herauszukommen. Die 41-Jährige wohnt im Parterre eines der Plattenbauten; mit nur vier Etagen wirkt er nicht ganz so erdrückend, die Fassade ist zur Hälfte mit hellblauen Kacheln gefliest, was dem Haus die Anmutung eines Terrariums im Zoo gibt.

Die Mädchen sind 8, 13 und 19 Jahre alt, jedes hat einen anderen Vater. »Ich weiß, das hört sich asozial an«, sagt die alleinerziehende Mutter, »aber ich war mit jedem lange zusammen, mit zweien war ich sogar verheiratet. Es waren eben immer die Falschen.« Ihr Lächeln wirkt warmherzig und gewinnend. Michaela Gießer, ältestes von fünf Kindern, ist in einer »Übergangssiedlung« groß geworden, einer Art Obdachlosenunterkunft in Hamburg-Horn. »Die Wäsche wurde im Bottich auf'm Herd gewaschen, unsere Kleider haben wir in der Kleiderkammer geholt«, erzählt sie. »Lagerkind« hätten ihre Mitschüler sie gehänselt. Der Vater, Fernfahrer von Beruf, trank viel und war häufig arbeitslos. »Mutter hat fürs Überleben gesorgt.«

Michaela Gießer hätte gern eine bessere Ausbildung bekommen, doch sie hat nur die Hauptschule absolviert, ohne Abschluss. »Den wollte ich an der Volkshochschule nachholen, aber da kam das erste Kind.« Auch eine Berufsausbildung hat sie nicht. Sie arbeitet Teilzeit in einem ambulanten Pflegedienst. Ihre Patienten, vorwiegend ältere Menschen, besucht sie mit dem Fahrrad. Netto verdient sie im Monat 783 Euro, gewissermaßen nur ein Taschengeld.

Michaela Gießer und ihre drei Töchter leben von Hartz IV, ihr so genannter Gesamtbedarf beträgt 1810 Euro im Monat, inklusive Miete. Von ihrem Verdienst als Pflegekraft wird nach einem komplizierten Schlüssel das meiste abgezogen, es bleibt nur ein Freibetrag von 255 Euro, sodass den vieren nach Abzug der Miete jeden Monat 1465 Euro zur Verfügung stehen. Gemäß der EU-Definition gelten sie damit als arm.

In ihrer Dreizimmerwohnung hat Manuela Gießer keinen Raum für sich. Ein Zimmer teilen sich die beiden jüngeren Mädchen, die Älteste hat eines für sich allein, und die Mutter hat sich eine Schlafzelle im Wohnzimmer eingerichtet. Die Wohnung ist geputzt und aufgeräumt. Die Küche aus Buchenholz »habe ich mir erputzt«, sagt Manuela Gießer stolz. Demnächst will sie die Wände im Wohnzimmer neu streichen. Vier Eimer Wandfarbe »Liberty«, pastellbeige, stehen im Flur schon bereit, es war ein Sonderangebot im Supermarkt. Auf dem Fahrrad hat sie die schweren Eimer nach Hause balanciert, so geht es mit allen Einkäufen, ein Auto besitzt sie nicht.

»Mal ins Theater gehen oder in den Hafen fahren – das ist für uns nicht drin, das fängt ja schon beim Fahrgeld an.« Öffentliche Verkehrsmittel sind für Sozialhilfeempfänger teuer geworden, seit der Senat das preiswerte Sozialticket für 15,50 Euro im Monat abgeschafft hat. Ihren Töchtern kann die Mutter nur unregelmäßig Taschengeld zahlen. Zum Glück seien sie keine Markenfetischisten, sondern begnügten sich auch mit No-Name-Kleidung.

Die Voraussetzung für ein besseres Leben ist Bildung – für sich selbst hat Manuela Gießer das zu spät erkannt, für ihre Mädchen ist es ihr nun das Wichtigste überhaupt. »Ich bin locker, aber in Sachen Schule bin ich sehr streng.« Alle drei sollen den Realschulabschluss schaffen, so wie Julia*, die Älteste, die ihn vor zwei Jahren geschafft hat – was in ihrem Fall eine besondere Leistung ist, denn Julia leidet an Diabetes, einige Jahre lebte sie deswegen in einem darauf spezialisierten Heim im Harz. Lange musste Julia nach einer Ausbildungsstelle suchen. Arzthelferin will sie werden. Als sie sich in einer Praxis in Blankenese vorstellte und die Ärztin

hörte, dass Julia aus Jenfeld kommt, habe sich »die Frau Doktor« plötzlich sehr abweisend gezeigt. Im Nachhinein sei sie froh, dass es nicht geklappt habe, sagt Julia. »Die Patienten im Wartezimmer waren so gut gekleidet; man hat es ihnen angesehen, dass sie reich sind, da hätte ich mich nicht wohlfühlt.«

Nach einem ganzen Jahr Praktikum ohne Bezahlung fängt die 20-Jährige nun im August eine Ausbildung zur Arzthelferin in einer unfallchirurgischen Praxis an – ausgerechnet im Einkaufszentrum Jenfeld. In der Unfallpraxis begegnet ihr das geballte Jenfelder Leben: Schulunfälle, Nasenbeinbrüche von Schlägereien unter Jugendlichen, offene Wunden von Streitereien wie neulich, als zwei Nachbarn mit Schaufeln aufeinander losgegangen sind.

Kindern armer Stadtteile wird es in Zukunft noch schwerer werden, ihrem Milieu zu entfliehen. Ulrich Vieluf vom Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung registriert eine wachsende Dynamik: Wo Ungebildete und Benachteiligte leben, ziehen die Gebildeteren weg. Die soziale Durchmischung, von der benachteiligte Kinder profitieren, nimmt ab – sowohl in Stadtteilen als auch an einzelnen Schulen, die sich verstärkt in einen Wettbewerb um die leistungsstarken Schüler stürzen.

Manchmal fährt der Bürgermeister in die Randzonen – und ist erstaunt

»Die Pädagogik muss nun herstellen, was sonst die soziale Durchmischung leistet«, sagt Vieluf. »Aber die Schule allein kann das nicht.« Selbst die Ganztagschule, sollte sie flächendeckend eingeführt werden, könnte die vielen angehäuften Defizite und Versäumnisse nicht ausgleichen, auch wenn es immer wieder Fortschritte gegeben habe, wie Vieluf anerkennt. So hätten die Kindertagesstätten in den neunziger Jahren ihren Bildungsauftrag entdeckt und seien nicht mehr bloße Bewahranstalten. Welch niedriger Stellenwert den Erziehern aber nach wie vor beigemessen werde, könne man daran sehen, dass sie »im internationalen Vergleich viel zu gering bezahlt werden«.

Armut und Bildungsarmut zu bekämpfen könne nur noch als große, von allen politischen Ressorts getragene Querschnittsaufgabe gelingen, meint der Pädagoge. Experten vergleichen diese Aufgabe mit dem Kraftakt, mit dem seinerzeit die so genannte deutsche Bildungskatastrophe erfolgreich abgewendet wurde. Der Pädagoge und Bildungspolitiker Georg Picht hatte sie 1964 ausgerufen. Er bescheinigte der damaligen Bundesrepublik, unfähig zu sein, die Bildungsanforderungen der Zukunft zu meistern und gegenüber anderen Staaten wettbewerbsfähig zu bleiben.

Die Analyse klang ähnlich wie heute: Nicht mangelnde Intelligenz sei in vielen Fällen schuld am Schulversagen, vielmehr führten schichtspezifische, regionale und kulturelle Bedingungen zu einer Auslese, die nicht zu rechtfertigen sei. Am meisten benachteiligt war, wer vom Lande kam, katholisch war und weiblich. Heute ist vor allem benachteiligt, wer aus der Metropole kommt, männlich ist – und muslimisch.

Damals wurden zum Beispiel Zwergschulen abgeschafft und Gesamtschulen gegründet, der zweite Bildungsweg wurde ausgebaut, die Lehrerausbildung verbessert. Chancengleichheit wurde zum pädagogischen Credo. Abgesehen davon, dass es heute an der gesellschaftlichen Aufbruchstimmung für eine so gewaltige Anstrengung mangelt, es fehlt vor allem das Geld dafür.

Hamburg etwa musste allein durch die große Unternehmenssteuerreform der rot-grünen Bundesregierung im Jahr 2001 einen Einnahmeausfall von 1,2 Milliarden Euro hinnehmen. Gespart hat die Stadt dann bei der breiten Masse; die Streichliste für 2004 beinhaltet, einer Analyse der Technischen Universität Hamburg-Harburg zufolge, unter anderem: Azubi-Fahrkarten: 10 Millionen Euro weniger, Schülerfahrgeld: 3,25 Millionen eingespart, Volkshochschule und Musikschule: je 1,2 Millionen weniger, Investitionen in den Arbeitsmarkt: minus 11 Millionen, Kinderkuren: 6 Millionen gestrichen, Jugendeinrichtungen: 6 Millionen weniger, Sporthallennutzung: 7,6 Millionen eingespart. Getroffen werden vor allem jene, die auf öffentliche Einrichtungen angewiesen sind und sich keinen privaten Sport- oder Musikunterricht leisten können.

Hamburgs Erstem Bürgermeister Ole von Beust scheinen die Armenviertel seiner Stadt so etwas wie eine Terra incognita zu sein, nicht mehr zu seinem Herrschaftsbereich gehörend. »Manchmal setze ich mich abends in mein Auto, ziehe mir ein Käppi ins Gesicht und fahre in Viertel, in die man sonst nicht kommt«, vertraute er der *ZEIT* voriges Jahr in einem Interview an. Und staunend berichtete er: »Da sehen Sie Menschen, die von morgens bis abends auf einer Parkbank sitzen und sich an einer Dose Bier festhalten. Sie hören von Lehrern, dass Kinder montagsmorgens hungrig in der Schule sitzen, weil die Eltern am Wochenende nicht für sie gekocht haben.«

Was tut sein Senat dagegen? Wie bekämpft der Bürgermeister die Armut, die ihn so umzutreiben scheint? Das war leider nicht zu erfahren. Die Bitte um ein weiteres Interview über die Armut in Hamburg lehnte Ole von Beust ab, ohne Begründung.

Auch die Sozialsenatorin und Zweite Bürgermeisterin Birgit Schnieber-Jastram (CDU) verweigerte ein Interview. Ihr haftet der Ruf an, sie kürze und streiche nicht nur aus Sparzwang, sondern aus Überzeugung. Selbst der Hamburger Unternehmerverband, sonst der CDU durchaus gewogen, sah sich kürzlich zur Kritik veranlasst. Bei einer Umfrage unter seinen Mitgliedern zur Arbeit des Senats bekam die Landesregierung gute Noten – bis auf die Sozialsenatorin, ihr warfen die Manager vor, »dass die Situation sozialschwächerer Familien sich in der Hansestadt verschärft habe«.

Schnieber-Jastram schickte ihren Staatsrat Dietrich Wersich zum Interview vor – der kein Politiker ist, sondern ein Beamter. Tapfer verteidigt er die Sozialpolitik des Senats, selbst die Einführung von 13 Euro Essengeld pro Monat in den Kindertagesstätten, die auch Hartz-IV-Empfänger bezahlen müssen. Das mache doch gerade mal 60 Cent pro Mahlzeit aus, meint er jovial, das sei auch Hartz-IV-Empfängern zuzumuten.

* Name von der Redaktion geändert

Links zum Thema:

Untersuchung über Kinderarmut , die nur im Internet verbreitet wird, da sich kein Auftraggeber und kein Verlag dafür fand »»

Deutscher Kinderschutzbund »»

Paritätischer Wohlfahrtsverband »»

DIE ZEIT, 03.08.2006 Nr. 32

32/2006